



## Was will die westliche Balkanpolitik?

*Die Informationen des deutschen Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer*

Das folgende Dokument ist ein Brief des deutschen CDU-Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer an Bundeskanzler Schröder. Der Brief ist schon über ein Jahr alt, wurde aber erst vor kurzem öffentlich bekannt. Seine Bedeutung gewinnt dieses Dokument im Zusammenhang mit den Vorgängen in Mazedonien und durch das Licht, das es auf die amerikanische Europapolitik fallen lässt. Man sollte es auch bei den inzwischen geschehenen Ereignissen seit dem «unfassbarsten und ungeheuerlichsten Attentat in der Geschichte der Menschheit», wie *Der Spiegel* den New Yorker Terroranschlag zutreffend genannt hat, im Hinterkopf behalten.

Wimmer, der früher Staatssekretär im Verteidigungsministerium war, ist seit dem Kosovo-Krieg 1999 als ein zunehmend scharfer Kritiker der westlichen Politik auf dem Balkan hervorgetreten. Seine Äußerungen seitdem zeigen ein tiefes, in Deutschland allzu seltenes Interesse an den wirklichen Motiven der amerikanischen Balkan-

politik und eine wache Aufmerksamkeit für Einzelheiten und Zusammenhänge, die nicht in die offiziöse Lesart der Ereignisse dort passen.<sup>1</sup>

Wimmer fasst in diesem Papier aus seiner Sicht die Ergebnisse einer Konferenz zusammen, die in der Slowakei stattfand, aber ganz offenbar amerikanisch dominiert war. Charakteristisch für die amerikanische Außenpolitik ist auch die von Wimmer erwähnte gemeinsame Urheberschaft von amerikanischem Außenministerium und einem privaten Think Tank. Sie ist typisch für das von Rudolf Steiner so genannte «Logenprinzip» in der westlichen Politik, bei dem die Frage, wer Amtsträger ist, nur zweitrangig ist. (Das heißt, die eigentlich bedeutsamen Hierarchien sind nicht unbedingt diejenigen, die in den verfassungsmäßigen Organen vorgesehen sind.)<sup>2</sup>

Der besseren Verständlichkeit halber fügen wir zwischen eckigen Klammern einige Erklärungen bei.

Willy Wimmer, Mitglied des Bundestages,  
Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein,  
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Herrn Gerhard Schröder, MdB,  
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland,  
Bundeskanzleramt, Schlossplatz 1, 10178 Berlin

Berlin, den 02.05.00

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am vergangenen Wochenende hatte ich in der slowakischen Hauptstadt Bratislava Gelegenheit, an einer gemeinsam vom US-Außenministerium und American Enterprise Institute (außenpolitisches Institut der republikanischen Partei) veranstalteten Konferenz mit den Schwerpunktthemen Balkan und NATO-Erweiterung teilzunehmen.

Die Veranstaltung war sehr hochrangig besetzt, was sich schon aus der Anwesenheit zahlreicher Ministerpräsidenten sowie Außen- und Verteidigungsminister aus der Region ergab. Von den zahlreichen wichtigen Punkten, die im Rahmen der vorgenannten Themenstellung behandelt werden konnten, verdienen es einige, besonders wiedergegeben zu werden:

1. Von Seiten der Veranstalter wurde verlangt, im Kreise der Alliierten eine möglichst baldige völkerrechtliche Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo vorzunehmen.

*[Kosovo gehört bisher nominell weiter als eine Provinz zu Serbien, das wiederum eine Teilrepublik Jugoslawiens darstellt. Die Beibehaltung dieses Status war eine Voraussetzung für die Beendigung des sogenannten Kosovo-Krieges im Juni 1999 gewesen. Offiziell ist die Beibehaltung dieses Status bis heute das Programm des Westens.]*

2. Vom Veranstalter wurde erklärt, dass die Bundesrepublik Jugoslawien außerhalb jeder Rechtsordnung, vor allem der Schlussakte von Helsinki, stehe.

*[Die Schlussakte von Helsinki: die sogenannte KSZE-Ordnung, die 1975 Grundlagen des Zusammenlebens der Staaten in Europa niedergelegt hatte. Zu diesen Grundlagen gehörte u.a. die Unverletzlichkeit der Grenzen.]*

3. Die europäische Rechtsordnung sei für die Umsetzung von NATO-Überlegungen hinderlich. Dafür sei die amerikanische Rechtsordnung auch bei der Anwendung in Europa geeigneter.

4. Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren. Eine Stationierung von US-Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen.

*[Das scheint sich auf die alliierte Invasion in Europa im Zweiten Weltkrieg zu beziehen. Churchill u.a. hatte damals gefordert, dass eine alliierte Invasion auf dem Balkan stattfinden solle; Eisenhower als Oberbefehlshaber der alliierten Truppen befahl anstatt dessen Invasionen in Sizilien (1943) und Frankreich (1944). Infolgedessen kam es am Ende des Zweiten Weltkriegs zu keiner westlichen Besetzung des Balkan.]*

5. Die europäischen Verbündeten hätten beim Krieg gegen Jugoslawien deshalb mitgemacht, um de facto das Dilemma überwinden zu können, das sich aus dem im April 1999 verabschiedeten «Neuen Strategischen Konzept» der Allianz und der Neigung der Europäer zu einem vorherigen Mandat der UN oder OSZE ergeben habe.

6. Unbeschadet der anschließenden legalistischen Interpretation der Europäer, nach der es sich bei dem erweiterten Aufgabenfeld der NATO über das Vertragsgebiet hinaus bei dem Krieg gegen Jugoslawien um einen Ausnahmefall gehandelt habe, sei es

selbstverständlich ein Präzedenzfall, auf den sich jeder jederzeit berufen könne und auch werde.

*[Der Kosovokrieg 1999 wurde von Seiten der NATO ohne Mandat der UNO geführt. Ein solches Mandat hätte dem Wunsch der europäischen, nicht aber der amerikanischen Regierung entsprochen. Diese möchte möglichst selbstherrlich, ohne internationale Beschränkungen handeln. Gemeint ist mit Punkt 5 und 6 offenbar, dass mit diesem Krieg a) die europäischen Staaten ihre Verpflichtung gegenüber ihren Öffentlichkeiten bezüglich eines solchen UNO-Mandates überwunden hätten, und b) damit ein Präzedenzfall für zukünftige Einsätze ohne UNO-Mandat geschaffen sei.]*

7. Es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei.

*[Das Römische Reich hat niemals bis zur Ostsee gereicht. Falls Wimmer hier die Äußerungen richtig wiedergegeben hat, ist mit «römisch» offenbar einerseits das römische Kaiserreich, andererseits die römische Kirche gemeint. Ihre Ausdehnung im Mittelalter in Europa trifft sich in etwa mit dem, was die Economist-Karte als Euro-America festgehalten hat (siehe S. 13).]*

8. Dazu müsse Polen nach Norden und Süden mit demokratischen Staaten als Nachbarn umgeben werden, Rumänien und Bulgarien die Landesverbindung zur Türkei sicherstellen, Serbien (wohl zwecks Sicherstellung einer US-Militärpräsenz) auf Dauer aus der europäischen Entwicklung ausgeklammert werden.

9. Nördlich von Polen gelte es, die vollständige Kontrolle über den Zugang aus St. Petersburg zur Ostsee zu erhalten.

*[Das heißt also, Russland von seiner Ostsee-Verbindung abzuschneiden und es damit aus Europa abzudrängen.]*

10. In jedem Prozess sei dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Vorrang vor allen anderen Bestimmungen oder Regeln des Völkerrechts zu geben.

*[In dieser Betonung des Selbstbestimmungsrechtes zeigt sich wieder der amerikanische Wilsonianismus – nach dem früheren Präsidenten Woodrow Wilson –, der für Steiner ein Hauptgegner bei der Begründung der Dreigliederungsbewegung war. Steiner erkannte das als ein Programm für die «Zerstörung des europäischen Völkerzusammenlebens». Es erlaubt die Zerschlagung fast aller europäischen Staaten durch die Akzentuierung von «Minderheitenproblemen».]*

11. Die Feststellung stieß nicht auf Widerspruch, nach der die NATO bei dem Angriff gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gegen jede internationale Regel und vor allem einschlägige Bestimmungen des Völkerrechts verstoßen habe.

*[Offenbar geht es hier um die Reaktionen auf einen Einwurf Wimmers. Diese Verstöße gegen die Bestimmungen des Völkerrechts waren den Konferenzteilnehmern ganz offenbar bewusst, aber gleichgültig.]*

Nach dieser sehr freimütig verlaufenen Veranstaltung kommt man in Anbetracht der Teilnehmer und der Veranstalter nicht umhin, eine Bewertung der Aussagen auf dieser Konferenz vorzunehmen.

Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von 2 Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt.

Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der Zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.

Mit freundlichen Grüßen  
W. Wimmer

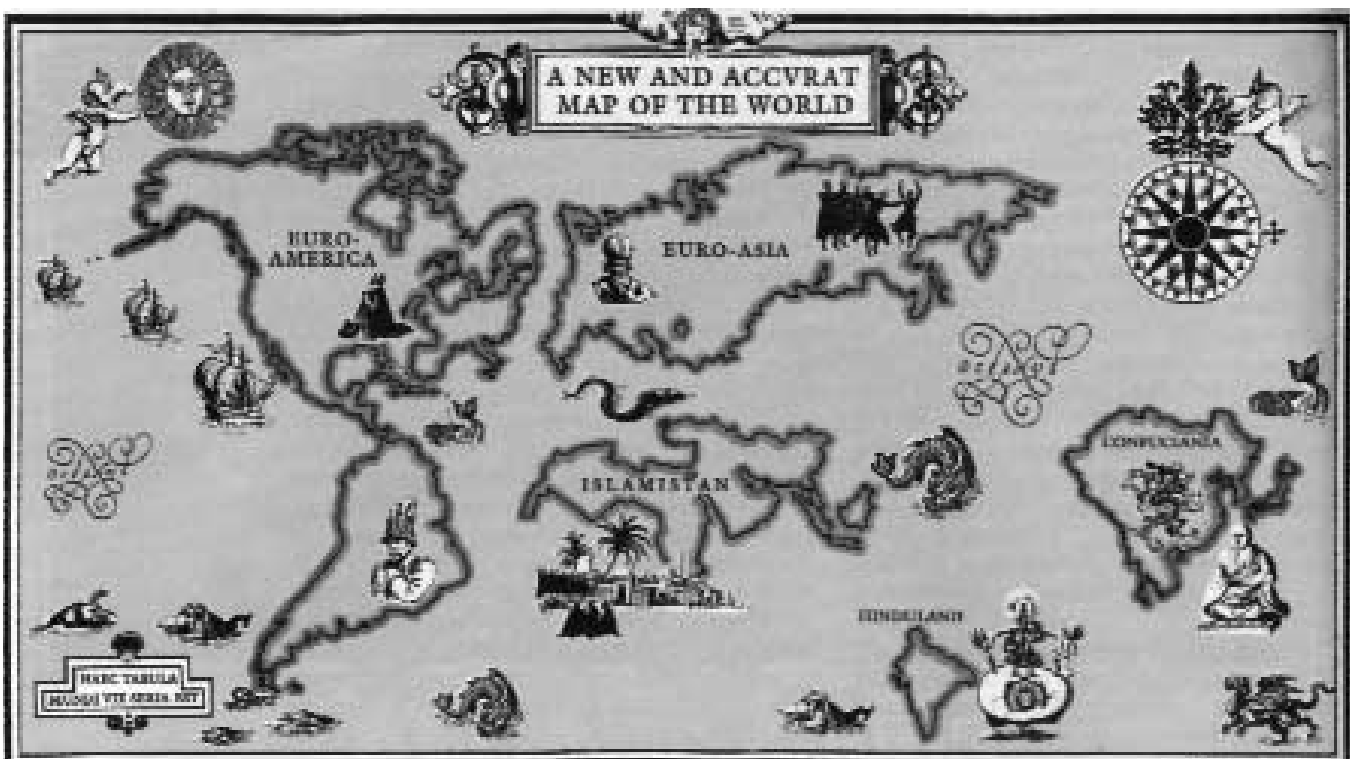
Die amerikanische Regierung hat den Schock und die allgemeine Sympathie nach den Terroranschlägen blitzartig zu einer Neudefinition der internationalen Beziehungen ausgenutzt. Damit hat sich ihre Maschinerie erst ganz in den Stand gesetzt, jenes Programm und jenen Geist, die in diesem Bericht Wimmers sichtbar werden, auch wirklich zum frei herrschenden in den internationalen Beziehungen werden zu lassen.

Es sei in diesem Zusammenhang einmal mehr auf die Weltkarte hingewiesen, die im September 1990 – während der Inkubationszeit des Golfkriegs – in der einflussreichen britischen Wochenzeitung *The Economist* (siehe unten) erschienen ist. Es ist eine Karte, die eine Aufteilung der Welt in kulturell voneinander abgegrenzte Großregionen zeigt. Man kann sie als Ausdruck eines mittelfristigen weltpolitischen Programms betrachten, das auch bei Samuel Huntingtons Idee vom «Kampf der Kulturen» durchscheint. Kennzeichnend für dieses Programm ist als Zielsetzung die Verzahnung Nordamerikas und Europas unter dem Titel «Euro-America». Diese steht im Hintergrund der seit den 1990er Jahren angelaufenen Erweiterungen von NATO und Europäischer Union. Durch die Reaktionen nach den Terroranschlägen ist sie weiter vorangetrieben worden. Zugleich werden die Grenzen gegenüber dem russischen und gegenüber dem islamischen Raum akzentuiert. Russland ist aus Europa ausgeschlossen. Eurasien wird in fünf Teile – Europa, Russ-

land (Euro-Asia), die islamische Welt (Islamistan), Ostasien (Konfuciana) und Indien (Hinduland) – auseinandergesprengt.<sup>3</sup> Man könnte das als eine Aufspaltung nach dem Prinzip «Teilen und Herrschen» (*divide et impera*) ansehen.

Einem solchen Programm kann es als notwendig erscheinen, die geographischen Knotenpunkte zu besetzen, in denen jeweils mehr als zwei solcher «Kultur-zonen» aufeinanderstoßen, um die Art der Verbindungen zwischen den Zonen kontrollieren zu können. Solche Knoten gibt es im eurasischen Raum zwei: erstens die Balkanregion, in der Euro-America, Euro-Asia und Islamistan aufeinanderstoßen, und zweitens Zentralasien, wo Islamistan, Euro-Asia, Konfuciana und – an den Ausläufern – auch Hinduland aufeinanderstoßen.

Im *Balkan* hat eine Besetzung der Region (und damit eine Lenkung und Kontrolle der darin sich abspielenden Vorgänge) seit 1995 in immer zunehmendem Maße stattgefunden. Bosnien und der Kosovo sind westliche Protektorate, Mazedonien ist auf dem Weg dahin. Im Kosovo haben die USA mit Camp Bondsteel einen riesigen, offenbar auf Jahrzehnte hinaus geplanten Stützpunkt angelegt. Nimmt man die oben gestreiften Ideen als Grundlage, wäre der letzte Grund dieser Besetzung der, dort das Maß der Zusammenarbeit zwischen den «Kulturen» unter Kontrolle zu halten und vielleicht im Bedarfsfall auch Konflikte zwischen ihnen hochkochen zu lassen.



«Eine neue und genaue Karte der Welt» (aus: *A Survey of Defence and the Democracies*, in: «*The Economist*» vom 1. September 1990)

In Zentralasien ist jetzt offenbar die langfristige Stationierung in der Region geplant. Der «Krieg gegen den Terrorismus» stellt dafür den passenden Anlass bereit.

Diese Politik ist insgesamt so geartet, dass unter ihrem Schirm eine gedeihliche, dem Wohle der Menschheit dienende Entwicklung Europas nicht stattfinden kann, mit der sich die europäischen Regierungen aber dennoch «solidarisch» erklärt haben. Wenn sich Europa aber doch einmal aus dem Griff dieser Politik befreien will, wird das ohne eine wirkliche Idee nicht gehen können. Beschwörungen einer internationalen Rechtsordnung wie von Willy Wimmer reichen hier nicht aus, zumal alle Schritte in diese Richtung nach den Terroranschlägen ad absurdum geführt wurden. Diese Idee aber kann nur die Dreigliederung des sozialen Organismus sein. Alles andere wären falsche Weichenstellungen.

Andreas Bracher, Hamburg

- 1 Neuerdings hat Wimmer seine Sichtweise ausführlich dargelegt in einem Interview in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 9/2001. («Die Amerikaner empfinden sich als Nachfolger Roms» – Blätter-Gespräch mit Willy Wimmer»).
- 2 Tatsächlich beschreibt Wimmer die 2000er Konferenz der «New Atlantic Initiative», einer hochrangigen, privaten, aber in vielen Ländern weit in Regierungskreise hineinreichenden Initiative, die vor einigen Jahren gegründet wurde, um die amerikanische und europäische Verbindung nach dem Ende des Kalten Krieges weiter zu vertäuen (für die Teilnehmerliste und weitere Unterlagen siehe: <http://www.aei.org/nai>). – Mit interessanter Kommentierung wurde der Brief in der Tageszeitung *Junge Welt* vom 23. Juni 2001 veröffentlicht.
- 3 *Der Europäer* hat seit Beginn seines Erscheinens auf diese Karte und ihre Bedeutung hingewiesen (vgl. Thomas Meyer, «Nichts Neues aus Europa? – Das europäische Problem am Ende des «amerikanischen» Jahrhunderts», Jg. 1, Nr. 1 u. 2, Nov. u. Dez. 1996). Ausführlich und sehr interessant ist die Karte besprochen worden bei: Terry M. Boardman, *Mapping the Millenium – Behind the Plans for the New World Order*, London 1999 (vergriffen, Neuauflage geplant). Siehe auch: Thomas Meyer, *Ludwig Polzer-Hoditz – Ein Europäer*, Basel 1994, S. 516ff.